

Aktuelle Kurzmeldung für Sie zusammengestellt*Für die Richtigkeit kann keine Gewähr übernommen werden***27.09.18 - US-Firmen in Deutschland: Trumps Wirtschaftspolitik nützt nicht**

US-Unternehmen mit Geschäften in Deutschland haben der Handelspolitik der Trump-Regierung ein verheerendes Zeugnis ausgestellt. In einer Blitzumfrage der American Chamber of Commerce (AmCham) in Germany bezeichneten 93 Prozent aller Befragten Maßnahmen wie Strafzölle als ungeeignet, die angepeilten Ziele zu erreichen. Weder werde dadurch die US-Industrie gestärkt, noch würden die aus amerikanischer Sicht unfairen Handelspraktiken beseitigt, heißt es dort.

60 Prozent der insgesamt 35 US-Firmen, die an der Umfrage teilnahmen, forderten Washington im Gegenteil dazu auf, alle Zölle zu beseitigen. Von den europäischen Regierungen wünschen sie sich, dass sie EU-Handelskommissarin Cecilia Malmström mit einem starken Mandat ausstatten, um ein neues Freihandelsabkommen mit den USA abzuschließen. Die AmCham Germany ist eine Wirtschaftsvereinigung mit etwa 1.000 Mitgliedsunternehmen, von denen etwas mehr als die Hälfte aus Deutschland stammt.

Vor dem Hintergrund des Handelsstreites trüben sich unterdessen die wirtschaftlichen Erwartungen ein. Nur noch die Hälfte der US-Unternehmen hierzulande rechnen noch mit weiterem Wachstum - verglichen mit zwei Dritteln vor dem Handelskonflikt. Nur noch knapp ein Fünftel der Firmen will ihre Investitionen ausweiten, rund 10 Prozent weniger als zuvor. Sechs von 18 der umsatzstärksten US-Konzerne in Deutschland wollen angesichts der Handelsbarrieren ihre Wertschöpfungsketten umstrukturieren, wie die Umfrage auch ergab.

Für AmCham-Präsident Frank Sportolari sind das eindeutige Warnsignale. Zwar seien die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland und den USA belastbar, doch brauche es dringend einen Fahrplan zur Beilegung des Handelskonfliktes, sagte er. Chancen dafür gebe es. Das habe ein Gespräch mit US-Handelsminister Wilbur Ross ergeben, das eine AmCham-Delegation kürzlich in Washington geführt habe. In der Trump-Administration gebe es den Ansatz, die schon ausverhandelten oder fast vereinbarten Teile des gescheiterten TTIP-Abkommens zu nehmen und einzeln umzusetzen.

Auch Importzölle auf Autos, die vor allem deutsche Hersteller treffen würden, kämen nicht, solange die US-Regierung glaube, dass Europa mit dem festen Willen zu einer Einigung verhandele. Das habe Ross deutlich gemacht, sagte Sportolari. Die Krise in der großen Koalition in Berlin komme in dieser Situation zu einem sehr unglücklichen Zeitpunkt. Washington sehe Bundeskanzlerin Angela Merkel als diejenige an, die in Europa die Führung übernehmen müsse.

20.09.18 - OECD sieht Wachstumshöhepunkt erreicht und senkt Prognosen

Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) sieht den Höhepunkt des Weltwirtschaftswachstums erreicht und senkt ihre Prognosen, vor allem die für große Schwellenländer und den Euroraum. In ihrem Zwischenbericht zur Weltwirtschaft kommt sie zu dem Ergebnis, dass die **Handelskonflikte bereits jetzt das Vertrauen und die Investitionsbereitschaft der Unternehmen beschädigt haben**. Eine weitere Verschär-

fung dieser Konflikte oder eine **rasche Straffung der Geldpolitik** in den Industrieländern könnte die Finanzmarktspannungen in den Schwellenländern erhöhen.

20.09.18 - Konjunkturforscher sehen moderates Wachstum im Euroraum

Die Wirtschaft der Eurozone wird nach Einschätzung europäischer Konjunkturforscher ihr moderates Wachstum fortsetzen. Wie aus der aktuellen Konjunkturprognose von Ifo-Institut (Deutschland), Istat (Italien) und Kof (Schweiz) hervorgeht, rechnen die Experten damit, dass das Bruttoinlandsprodukt (BIP) des Euroraums im dritten und vierten Quartal dieses Jahres sowie im ersten Quartal des nächsten Jahres um jeweils 0,4 Prozent wachsen wird.

19.09.18 - IMK: Boom derzeit weitaus wahrscheinlicher als Rezession

In der deutschen Wirtschaft ist eine weitere Hochkonjunktur laut einer neuen Analyse des Wirtschaftsforschungsinstituts IMK "derzeit weitaus wahrscheinlicher als eine Rezession". Trotz zuletzt schwächerer Auftragseingänge aus dem Ausland gehe der Aufschwung der deutschen Wirtschaft weiter, erklärten die Ökonomen des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung. Die Aussichten hätten sich "in den vergangenen Wochen sogar weiter aufgeheitert", signalisiere der Konjunkturindikator des IMK.

Das Risiko, dass Deutschland in den kommenden drei Monaten in eine Rezession gerate, sei spürbar gesunken. Für den Zeitraum von September bis Ende November weist das IMK-Wachstumsradar, das die aktuellsten verfügbaren Daten über die Wirtschaftslage bündelt, nach Angaben des Instituts eine mittlere Rezessionswahrscheinlichkeit von 5,5 Prozent aus - gegenüber noch 14,2 Prozent im August. Die Wahrscheinlichkeit, dass die deutsche Wirtschaft bis Ende November in eine Boomphase eintrete, liege hingegen nunmehr bei 43,5 Prozent nach 28,7 Prozent im August.

Der nach dem Ampelsystem arbeitende Indikator zeigt damit laut IMK "grün-gelb". Dies stehe noch nicht für eine Hochkonjunktur, aber für eine Phase mit fortgesetzt solidem Wachstum. "Der Aufschwung unterstreicht erneut seine Qualitäten als Dauerläufer", erklärte der wissenschaftliche IMK-Direktor Gustav Horn. Egal ob Schwächephasen in Schwellenländern drohten oder protektionistische Provokationen des US-Präsidenten - "bisher hat die konjunkturelle Entwicklung allen Gegenwinden getrotzt".

13.09.18 - VDMA: Maschinenbau erwartet Produktionsplus von 2 Prozent für 2019

Die gute Auftragslage und der hohe Auftragsbestand sorgen dafür, dass die deutschen Maschinenbauunternehmen auch im kommenden Jahr mit Produktionszuwächsen rechnen können. Der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) erwartet für 2019 ein reales Produktionsplus von 2 Prozent. Für das laufende Jahr bekräftigen die VDMA-Volkswirte ihre Produktionsprognose von 5 Prozent.

Allerdings steigt die Verunsicherung gerade bei exportabhängigen Investoren aufgrund der zunehmenden Zahl an politischen Risiken. "So lange die Unwägbarkeiten rund um den Brexit bleiben und die Handelskonflikte weiter eskalieren, steigen auch die Risiken für die Maschinenbauindustrie in Deutschland", erläuterte VDMA-Chefvolkswirt Ralph Wiechers.

Zwar steht die Branche derzeit insgesamt gut da; eine durchschnittliche Auftragsreichweite von 8,6 Monaten zeige, dass viele Unternehmen bis ins kommende Jahr hinein in ihrer Produktion ausgelastet seien. "Aber wir erwarten eine nachlassende wirtschaftliche Dynamik rund um den Globus, die nicht ohne Auswirkung auf die Investitionsgüternachfrage bleiben wird", sagte Wiechers.

In den ersten sieben Monaten erreichte die Maschinenbauindustrie einen Produktionszuwachs von 2,9 Prozent. "Aufgrund des erfreulichen Auftragseingangs von real plus 7 Prozent in den ersten sieben Monaten sehen wir gute Chancen, dass die Produktion 2018 um 5 Prozent zulegen wird. Allerdings sind auch hier die Risiken deutlich gestiegen", warnte Wiechers.

Neben den politischen Verunsicherungen spürten viele Unternehmen vermehrt auch Lieferengpässe, die die Dynamik in den Fabrikhallen bremsen. Auf der anderen Seite profitierten gerade die Maschinenbauer davon, dass viele Kunden in die Automatisierung ihrer eigenen Fertigung investieren wollten. Die Exporte der Maschinenbauer in Deutschland stiegen zwischen Januar und Juni um 4,3 Prozent.

10.09.18 - OECD-Frühindikator deutet auf nachlassendes Wachstum

Der Frühindikator der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD) deutet auf eine Abschwächung des Wachstums. Eine nachlassende Dynamik werde für die großen europäischen Volkswirtschaften wie Deutschland, Frankreich, Italien und dem Euro-Raum insgesamt sowie in Großbritannien erwartet, erklärte die OECD, eine von 35 Industriestaaten betriebene Denkfabrik.

Im Juli sinkt der Frühindikator für den gesamten OECD-Raum um 0,1 auf 99,7 Punkte. Für die USA, Kanada und Japan weisen die Indikatoren auf ein stabiles Wachstum. Der Frühindikator der OECD dient dazu, sehr früh Anzeichen für konjunkturelle Wenden festzustellen. Die OECD spricht davon, dass Wendepunkte relativ zum Trend sechs bis neun Monate vor der Änderung antizipiert werden sollen.

In den großen Schwellenländern deuten die Frühindikatoren für Chinas Industriesektor und für Indien darauf, dass das Wachstum an Dynamik gewinnt, während in Brasilien und Russland eine Abschwächung des Wachstums erwartet wird. Diese vier Länder gehören nicht zur OECD, aber wegen ihrer globalen Bedeutung für die Wirtschaft erhebt die Organisation dennoch Frühindikatoren.

06.09.18 - Ifo Institut erhöht deutsche BIP-Prognosen für 2018 und 2019

Das Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung zeigt sich wie zuvor bereits andere Institute nach guten Konjunkturdaten zuversichtlicher für die weitere Entwicklung. Die Münchener Ökonomen erhöhten ihre Prognose

für das Wachstum des deutschen Bruttoinlandsproduktes (BIP) **in den Jahren 2018 und 2019 leicht auf jeweils 1,9 Prozent**, wie sie mitteilten. Im Sommer hatte das Institut noch jeweils 1,8 Prozent vorhergesagt. Für 2020 rechnen die Ifo-Experten nun mit 1,7 Prozent Wachstum.

"Ein Grund für die Anhebung waren bessere Ist-Zahlen des Statistischen Bundesamts für das erste Halbjahr 2018", erklärte der Leiter der Ifo-Konjunkturforschung, Timo Wollmershäuser. "Wir haben es derzeit mit einer starken Konjunktur in Deutschland zu." Diese werde im laufenden und im kommenden Jahr maßgeblich vom privaten Konsum getragen, der von einer steigenden Beschäftigung und kräftigen Einkommenszuwächsen profitiere.

Das Institut erwartet einen **Zuwachs der Privaten Konsumausgaben um 1,5 Prozent in diesem Jahr, 1,7 Prozent im nächsten und 1,4 Prozent im übernächsten.** Die Bruttoanlageinvestitionen sollen in den drei Jahren um 3,0, 2,9 und 3,7 Prozent zunehmen. Die Zahl der Beschäftigten dürfte von 44,9 Millionen in diesem Jahr über 45,4 Millionen im kommenden Jahr auf 45,8 Millionen 2020 steigen. Gleichzeitig **fallen die Arbeitslosenzahlen** nach der Prognose von 2,3 Millionen über 2,2 auf 2,1 Millionen Menschen, die Quote sinkt von 5,2 Prozent über 4,9 auf 4,7 Prozent.

"Die weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen fördern Investitionsentscheidungen, und der hohe Auslastungsgrad vieler Unternehmen legt eine Erweiterung der Produktionskapazitäten nahe", sagte Wollmershäuser. Durch die Ausweitung staatlicher Ausgaben und die Entlastung der Arbeitnehmer im nächsten Jahr wirke zudem die Wirtschaftspolitik der neuen Bundesregierung anregend. Schließlich dürfte auch die Exportwirtschaft von der weiterhin guten Weltkonjunktur profitieren, auch wenn dieser Impuls allmählich nachlassen werde.

Für die Exporte rechnen die Münchener Ökonomen vor diesem Hintergrund mit einem **Zuwachs von 3,3 Prozent im laufenden, 4,5 Prozent im kommenden und 4,2 Prozent im darauffolgenden Jahr.** Dem stehen Importsteigerungen um 3,7 Prozent, 4,9 Prozent und 4,6 Prozent gegenüber. Im Vergleich zur Sommerprognose hätten die Risiken für die deutsche Konjunktur, die sich aus den Annahmen zum Handelskrieg mit den USA und dem Brexit ergäben, allerdings zugenommen.

Am Vortag hatte sich bereits das RWI - Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung positiver zur weiteren Konjunktur-entwicklung gezeigt. Für 2019 erwarten die Ökonomen aus Essen ein Wachstum von 1,7 Prozent statt bisher veranschlagter 1,5 Prozent und für 2020 einen Anstieg auf 1,9 Prozent. Für 2018 blieb das RWI bei seiner Prognose von 1,8 Prozent für das deutsche Wirtschaftswachstum.

05.09.18 - RWI-Wirtschaftsforscher erwarten höheres Wachstum

Das RWI-Institut für Wirtschaftsforschung hat sich zuversichtlicher für die weitere Konjunktur-entwicklung gezeigt. Für 2019 erwarten die Ökonomen aus Essen jetzt ein Wachstum des Bruttoinlandsproduktes (BIP) von 1,7 Prozent statt bisher veranschlagter 1,5 Prozent. Für 2020 prognostizieren sie einen Anstieg auf 1,9 Prozent, wie das

Institut bekanntgab. Für das laufende Jahr blieb es bei seiner Prognose von 1,8 Prozent für das deutsche Wirtschaftswachstum.

"Das Wachstum wird hauptsächlich von Konsum und Investitionen getragen", erklärte das RWI. Der Außenhandel wachse aufgrund der gegenwärtigen Handelskonflikte nur langsam. Die Arbeitslosenquote dürft von 5,2 Prozent in diesem Jahr auf 4,8 Prozent im kommenden Jahr und 4,5 Prozent im Jahr 2020 zurückgehen.

Die Zahl der Arbeitslosen könnte sich bis zum Jahresende 2020 nach den Berechnungen der Wirtschaftsforscher "der Marke von zwei Millionen nähern". Sie erwarten im Schnitt 2,350 Millionen Arbeitslose in diesem, 2,200 Millionen im nächsten und 2,070 Millionen im Jahr 2020. Die Inflationsrate schätzen sie auf 1,8 Prozent in diesem und 1,9 Prozent im kommenden Jahr. Im Jahr 2020 dürft sich die Teuerung auf 1,7 Prozent stellen.

Für den Finanzminister bleiben die Zeiten golden. Die öffentlichen Haushalte werden zwischen 2018 und 2020 voraussichtlich Überschüsse von 57, 46 und 47 Milliarden Euro erzielen.

05.09.18 - VDMA: Inlandsorders schieben Maschinenbau an

Der Auftragseingang im deutschen Maschinen- und Anlagenbau hat im Juli seine Impulse hauptsächlich aus dem Inland erhalten. Während die Bestellungen aus dem Ausland nur um 1 Prozent höher lagen als im Vorjahr, setzten die Bestellungen aus dem Inland ihren Wachstumskurs mit einem Plus von 9 Prozent ungebremst fort. Insgesamt erhielten die Branchenunternehmen 3 Prozent mehr Aufträge, wie der Verband Deutscher Maschinen- und Anlagenbau (VDMA) berichtete.

Die Aufträge aus den Euro-Partnerländern legten ebenfalls um 9 Prozent zu. Lediglich die Bestellungen aus den Nicht-Euro-Ländern verfehlten ihr Vorjahresniveau um 3 Prozent. "Hier spielte das gute Großanlagengeschäft im Vorjahr eine Rolle. Zudem darf nicht vergessen werden, welchen Verunsicherungen die Maschinenbaukunden gerade aus Drittländern jenseits des Euroraums in den letzten Monaten ausgesetzt waren", sagte VDMA-Chefvolkswirt Ralph Wiechers. "Angesichts dessen kann der Maschinenbau mit dem Juli-Ergebnis zufrieden sein."

Im Dreimonatsvergleich Mai bis Juli lagen die Bestellungen insgesamt um real 5 Prozent über dem Vorjahreswert. Das Inland verbuchte in diesem Zeitraum einen Auftragszuwachs von 7 Prozent, die Auslandsorders legten um 4 Prozent zu. Die Bestellungen aus dem Euroraum wuchsen um 1 Prozent, aus den Nicht-Euro-Ländern kamen 5 Prozent mehr Aufträge.

Der VDMA vertritt mehr als 3.200 Betriebe des mittelständisch geprägten Maschinen- und Anlagenbaus. Mit aktuell 1,4 Million Beschäftigten im Inland und einem Umsatz von 224 Milliarden Euro (2017) ist die Branche größter industrieller Arbeitgeber in Deutschland.

05.09.18 - Chemische Industrie bestätigt Wachstumsprognose

Die chemisch-pharmazeutische Industrie in Deutschland hat nach einem durchwachsenen zweiten Quartal ihre Wachstumsprognose für das Gesamtjahr bestätigt. Bei den Preisen erwartet der Branchenverband VCI nun aber einen stärkeren Anstieg als bisher. Die Erwartungen für die Zukunft sieht der VCI angesichts globaler Handelskonflikte, erhöhter Brexit-Risiken und steigender Ölpreise getrübt.

"Umsatz und Auslastung der Branche lagen im zweiten

Quartal noch auf hohem Niveau. Aber vieles deutet darauf hin, dass die Nachfrage im zweiten Halbjahr im Vergleich zur ersten Jahreshälfte nachlassen wird", sagte Verbandssprecher Kurt Bock laut Mitteilung. "Insbesondere die Exporterwartungen sind nicht mehr so positiv wie zu Jahresbeginn."

Gegenüber dem Vorjahr verzeichnete die drittgrößte Branche in Deutschland nach der Fahrzeug- und der Maschinenbauindustrie im zweiten Quartal ein Wachstum in der Produktion von 5,4 Prozent, gegenüber dem ersten Quartal um 1,2 Prozent. Die Kapazitätsauslastung der Anlagen war mit 84,5 Prozent auf einem guten Niveau.

Die Preise zogen im Quartal wegen steigender Rohstoffkosten weiter um 0,6 Prozent gegenüber dem Vorquartal und 1,1 Prozent gegenüber dem Vorjahr an.

Der Branchenumsatz sank hingegen um 0,1 Prozent im Vergleich zum Vorquartal. Im Jahresvergleich stiegen die Erlöse dank der soliden Nachfrage aus dem Ausland um 5,8 Prozent. Während im Inland die Erlöse leicht sanken, verbuchte die Branche im Ausland das achte Umsatzplus in Folge.

Der Verband bestätigte seine Prognose, wonach die Chemieproduktion um 3,5 Prozent wächst und der Branchenumsatz um 4,5 Prozent auf 204 Milliarden Euro zulegt. Bei den Chemikalienpreisen sieht der VCI nun einen Anstieg um 1,5 Prozent statt zuvor 1,0 Prozent.

Die Chemie-Pharma-Branche erwirtschaftet nach eigenen Angaben rund 10 Prozent des Industrieumsatzes in Deutschland.

04.09.18 - HWWI senkt Wachstumsprognose für 2018

Das Hamburgische Weltwirtschaftsinstitut (HWWI) hat seine Prognose für das Wachstum in diesem Jahr gesenkt und erwartet nun einen Zuwachs des deutschen Bruttoinlandsproduktes (BIP) um 1,9 Prozent. Bisher hatte das Institut 2,1 Prozent veranschlagt. Grund für die Revision sei die Vorlage neuer gesamtwirtschaftlicher Daten, erklärte das HWWI. Für 2019 bekräftigten die Ökonomen aus Hamburg, die insgesamt "unverändert positive Konjunkturperspektiven" sahen, ihre Prognose von 1,6 Prozent.

Die Lage am Arbeitsmarkt bleibe dabei günstig. Für die privaten Konsumausgaben sehen die Ökonomen ein Plus von 1,5 Prozent 2018 und 1,4 Prozent 2019, für die Anlageinvestitionen Zuwächse von 3,4 und 3,2 Prozent.

Die Exporte sollen nach der Prognose im laufenden Jahr um 3,1 Prozent wachsen und im nächsten um 4,3 Prozent, die Einfuhren dürften um 3,9 Prozent und 5,0 Prozent zunehmen. Die Ökonomen hoben hervor, die Inflationsaussichten für die Verbraucherpreise hätten sich nach Beruhigung der Ölpreise wieder nahe der Marke von 2 Prozent stabilisiert. Veranschlagt werden 1,9 und 2,1 Prozent.

Die deutsche Wirtschaft sei "nach der durch Sondereinflüsse bedingten leichten Abschwächung zu Jahresbeginn wieder auf den grundlegenden Wachstumspfad zurückgekehrt". Getragen werde der Aufschwung vor allem von der festen Binnennachfrage, auch wenn die Dynamik tendenziell nachlasse. Binnenwirtschaftlich günstige Rahmenbedingungen stützten die Investitions- und Einstellungsbereitschaft der Unternehmen - die durch Unsicherheiten bedingte Zurückhaltung dämpfe aber die Zunahme der Investitionen sowie der Beschäftigung. Damit würden auch die verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte und deren Konsum langsamer zunehmen.